

Braunkohle: Ein schmutziges Geschäft



Klimaschutz braucht Kohleausstieg!



Der Vattenfall-Tagebau Jämschwalde frisst sich durch die brandenburgische Lausitz, radiert Landschaften und Dörfer aus.

Ein Weltmeistertitel, auf den niemand stolz sein kann: Kein Land produziert mehr schmutzigen Braunkohlestrom als Deutschland. Ausgerechnet das Mutterland der Energiewende lässt bis heute mehr Kohle aus dem Boden fräsen als jedes andere Land der Welt. Für die Natur ist das eine Tragödie, für unsere Gesundheit eine Gefahr. Denn Kohle ist giftig – für das Klima, aber auch für die Menschen. Doch weil die Bundesregierung den klimapolitisch bis spätestens 2030 notwendigen Kohleausstieg in ihrem Kohleausstiegsgesetz auf das Jahr 2038 verlagert hat, verbrennen die Kohlekonzern Hunderte Millionen Tonnen schädliche Braunkohle zusätzlich und heizen damit das Klima weiter auf.

Etwas Wind genügt und die Wand zieht auf. Braun ist sie und hoch. Sie baut sich über riesigen Erdkratern auf, bewegt sich weiter, bis sie ganze Landstriche einhüllt. Staubstürme, die aus den Tagebauen aufziehen, sind berüch-

tigt in den deutschen Braunkohle-revieren. Im Rest Deutschlands sind sie kaum bekannt. So wie auch nur wenige wissen, dass auch heute noch in Deutschland Menschen davon bedroht sind, ihre Häuser und ihre Heimat zu verlieren, damit Konzerne an die darunter lagernde Braunkohle kommen. Dass Seen und Flüsse absterben, weil saures Wasser aus den Tagebauen sickert und kiloweise hochgiftiges Quecksilber aus den Schloten der Kohlekraftwerke quillt. Braunkohle ist ein schmutziges Geschäft. Erst wenn viele sich darüber empören, wird es zu Ende gehen.

Kohle macht Klimaschutz-ziele unerreichbar

Noch ein trauriger Rekord: Unter allen Energieträgern ist Braunkohle der klimaschädlichste. Für die gleiche Menge Strom produziert ein Kohlekraftwerk etwa doppelt so viel CO₂ wie ein modernes Gaskraftwerk. Dabei sind die Erkenntnisse der Klimawissenschaft eindeutig: Nur wenn der Großteil der

verbleibenden fossilen Energieträger wie Kohle und Öl im Boden bleibt, können wir die Klimakrise eindämmen.

Um die Energiewende voranzutreiben, hat Deutschland den Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie bis 2022 und den Ausstieg aus der Kohle bis 2038 beschlossen. Aus Greenpeace-Sicht ist das zu spät. Die Bundesregierung muss den gesetzlich festgelegten Kohleausstieg deutlich beschleunigen, nur so können die Klimaschutzziele erreicht und die CO₂-Emissionen deutlich reduziert werden. Das bedeutet: Bis spätestens 2030 muss das letzte Braunkohlekraftwerk von Netz gegangen sein, spätestens ab 2030 muss der Strommix komplett kohlefrei sein. Die Erneuerbaren Energien liefern dann fast 100 Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Zugleich wird Energie zunehmend effizienter genutzt: 16 Prozent weniger Stromverbrauch bis 2030, 30 Prozent weniger im Wärmesektor, zum Beispiel durch Wärmedämmung in Haushalten.



Greenpeace protestiert gegen die giftige Braunkohle: in der Lausitz gegen zerstörerische Tagebaue (links) und im Rheinland gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Niederaußem (rechts).

Statt Erweiterungen von Braunkohle-tagebauen zu genehmigen, muss die Politik jetzt den Strukturwandel in den Kohleregionen unterstützen, um den Ausstieg sozialverträglich zu gestalten.

Deutschlands schmutziges Geheimnis

Den Titel als Braunkohleweltmeister hat sich Deutschland auch 2019 wieder verdient. Mit 126 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß aus den Braunkohlekraftwerken von RWE, LEAG, MIBRAG und anderen verheizt weltweit kein Land mehr klimaschädliche Braunkohle als Deutschland. Der Abbau des Klimakillers erfolgt in drei Regionen:

- im Rheinland,
- in der Lausitz
- und im Mitteldeutschen Revier bei Leipzig.

Nicht genug damit, dass die Menge der geförderten und verbrannten Braunkohle seit Jahren auf hohem Niveau verharrt, aktuell sollen Tagebaue sogar noch erweitert werden. Passiert das, würden die Schaufelradbagger nicht nur Tausende von Menschen aus ihren Häusern und Dörfern vertreiben, sondern Deutschland Hunderte Millionen Tonnen an CO₂ zu viel produzieren.

Tod aus dem Schlot

Kohlekraftwerke zerstören nicht nur das Klima, sie greifen auch massiv die Gesundheit der Menschen an. Aus den Kohleschlotten quellen neben CO₂ auch

Stoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide und Ruß, die in der Luft Feinstaub bilden. Diese kleinsten Teilchen dringen tief in die Lunge ein und verursachen Asthma, Herzinfarkte und Lungenkrebs. Auch sind Kohlekraftwerke für große Mengen weiterer krebserregender Stoffe wie Blei, Arsen und Cadmium verantwortlich. Was vielen nicht bewusst ist: Die Hälfte der deutschen Quecksilberemissionen stammt aus Deutschlands Braunkohlekraftwerken. Dieses Quecksilber wird über den Verzehr belasteter Fische vom Menschen aufgenommen und kann zu gravierenden Gesundheitsschäden führen. Vor allem für Embryonen und Kleinkinder sind bereits kleine Dosen gefährlich. Jahr für Jahr werden in der EU 1,8 Millionen Babys geboren, die bedenkliche Quecksilberkonzentrationen im Blut zeigen.

Tagebau zerstört Heimat

Braunkohlebagger kennen keine Gnade. Ob Kirchen oder Friedhöfe, Felder oder Fußballplätze, Wälder oder Wiesen: Was über der Braunkohle liegt, verschwindet. Knapp 300 Orte sind so in den vergangenen 100 Jahren zerstört worden. Zehntausende Menschen mussten umgesiedelt werden, manche mehrfach und die meisten gegen ihren Willen. Die Bergbauunternehmen lassen neue Dörfer für die Bewohner bauen, doch das sind sterile Retortendörfer – Orte ohne Geschichte,

ohne Seele. Wenn die Tagebaue gehen, bleibt karges, unfruchtbares Land. Die vielen Tausend Hektar Ackerland, die den Braunkohlebaggern bis heute zum Opfer gefallen sind, werden Jahrhunderte brauchen, um wieder so fruchtbar wie zuvor zu werden. Allein in der Lausitz wurden so bereits mehr als 800 Quadratkilometer Land zerstört – eine Fläche so groß wie Berlin.

Bleibende Schäden

Wenn die Tagebaubagger gehen, fangen viele Umweltprobleme erst an. Das wieder ansteigende Grundwasser lässt Seen versauern und Flüsse verockern. Oft ist das wieder aufgeschüttete Land so wenig fest, dass ganze Landstriche wegen der Gefahr von Rutschungen gesperrt werden müssen. Wie gefährlich die Restlochseen sein können, die in vielen früheren Tagebauen entstanden sind, zeigt die Katastrophe von Nachterstedt, wo 2009 das Seeufer eines ehemaligen Tagebaus abrutschte. Drei Menschen starben dabei, 42 verloren ihr Zuhause.

Während die Energiekonzerne mit vermeintlich billiger Braunkohle lange gute Geschäfte gemacht haben, müssen viele der langfristigen Folgekosten von der Gesellschaft getragen werden. Denn für sogenannte Ewigkeitskosten wie dauerhaftes Abpumpen von Grundwasser oder mögliche Erdbebenrisiken kommen die verursachenden Konzerne in der Regel nicht auf.



Im Oktober 2018 demonstrieren rund 50.000 Menschen für den Erhalt des Hambacher Waldes und einen raschen Kohleausstieg. Die Großdemonstration fand mit Unterstützung von Greenpeace statt.

Kosten bei deutschen Steuerzahler:innen

Wider besseres Wissen verzichtet die Landespolitik wiederholt darauf, Sicherheitsleistungen für die Folgekosten des Braunkohleabbaus von den Kohlekonzernen einzufordern. Dabei ist zum Beispiel im Falle des tschechischen Investors EPH (deutsche Tochterfirmen sind die Kohlekonzerne MIBRAG und LEAG) zu befürchten, dass Profite und Rücklagen aus dem ehemaligen Vattenfall-Geschäft herausgezogen und Milliardenkosten für die Rekultivierung der verwüsteten Landschaften auf die deutschen Steuerzahler:innen abgewälzt werden. Greenpeace fordert deshalb, dass die Braunkohlekonzerne Rücklagen für die zu erwartenden Folgekosten anlegen, welche vollständig in einem unabhängigen Fonds gesichert werden.

Die Kohlekraft gehört ins Geschichtsbuch

Kohlekraftwerke sind zu unflexibel, um als Partner der Erneuerbaren Energien zu fungieren. Sie zerstören nicht nur das Klima und gefährden die Gesundheit der Menschen, sie bremsen auch die Energiewende. Schwerfällige Kohlekraftwerke können nicht spontan hoch- und heruntergeregt werden und „verstopfen“ mit ihrem Strom dadurch die Netze, statt Schwankungen von Sonne und Wind auszugleichen. Und sie sind dafür verantwortlich, dass die Erfolge der Energiewende in der deutschen Klimabilanz keine Spuren hinterlassen. Kohle hat keinen Platz in einer umwelt- und klimaschonenden Energieversorgung. Übrigens: Trotz gleichbleibender Kohleverstromung arbeiten jährlich weniger

Menschen in der Kohlebranche. Aktuell stehen etwa 20.000 Beschäftigte in der Kohleindustrie mehr als 300.000 Jobs im Bereich Erneuerbarer Energien gegenüber.

Die Kohle muss im Boden bleiben

Greenpeace fordert den schrittweisen und sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle. Das sinnlose Opfern der Dörfer für die Gewinnung von Braunkohle muss sofort gestoppt werden. Die Tagebau-Regionen brauchen eine Zukunftsperspektive jenseits der Braunkohle. Der Strukturwandel in den Kohleregionen muss unverzüglich beginnen und sozialverträglich gestaltet werden. Die Kohle muss im Boden bleiben! Deutschland braucht einen Kohleausstieg bis spätestens 2030.

➔ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Mehr als 600.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0, Fax 040/3 06 18-100, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0 **V.i.S.d.P.** Karsten Smid **Text** Frank Rosin **Redaktion** Michelle Bayona **Produktion** Ute Zimmermann **Fotos** Titel: Bernd Lauter, S. 2: J. Henry Fair, S. 3: Daniel Rosenthal, Bernd Arnold, S. 4: Bernd Lauter, Hartwig Lohmeyer, Bernd Lauter, S. 5: Insa Hagemann, Greenpeace, Clemens Wronski, S. 6: Greenpeace, alle © Greenpeace **Gestaltung** Klasse 3b **Druck** Reset St. Pauli, Virchowstr. 8, 22767 Hamburg **Auflage** 5.000 Exemplare

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende:
GLS Bank, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Greenpeace fordert

- ▶ Keine Erweiterungen von Braunkohletagebauen
- ▶ Braunkohleausstieg bis zum Jahr 2030
- ▶ Ausbau Erneuerbarer Energien auf 100 Prozent

Greenpeace e.V.
Hongkongstraße 10
20457 Hamburg
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

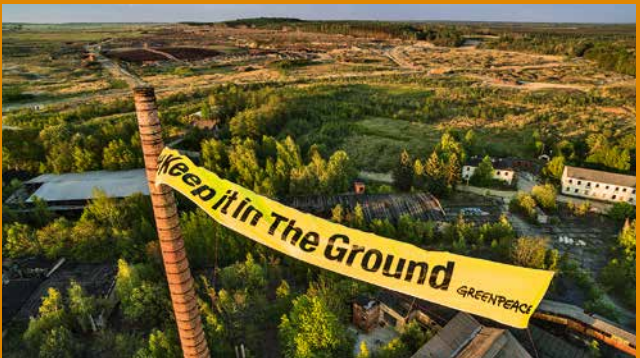
Greenpeace setzt sich für den Kohleausstieg ein



Für den Ausbau des Tagebaus Garzweiler II sollen ganze Dörfer verschwinden. Um die Klientelpolitik von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sichtbar zu machen, wandeln Greenpeace-Aktivist:innen im September 2020 die Staatskanzlei in Düsseldorf in eine RWE-Zentrale um.



Greenpeace-Protest auf dem 100 Meter hohen Kühlturm des RWE Kraftwerks Neuraths. Der Protest der Aktivist:innen im November 2019 richtet sich gegen ein weiteres Verzögern des Kohleausstiegs durch Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU).



Greenpeace entlarvt im Mai 2016 die Methoden des tschechische Finanzinvestor EPH in der Lausitz, der die Braunkohlesparte von Vattenfall übernommen hat. Die Investoren versuchen, staatliche Entschädigungen in Milliardenhöhe ein zu kassieren, ohne Nutzen für den Klimaschutz.

Greenpeace kämpft gegen klimaschädliche Braunkohle



Seit vielen Jahren kämpft Greenpeace für einen Umstieg von klimaschädlicher Kohle auf Erneuerbare Energien. Seit vielen Jahren unterstützen wir den Protest gegen die Kohleverstromung gemeinsam mit lokalen Initiativen wie hier in Garzweiler.



Das Rheinische Revier im Dreieck zwischen Köln, Aachen und Düsseldorf ist dabei ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit. Im Jahr 2004 besetzten Greenpeace-Aktivist:innen erstmals einen Braunkohlebagger im Tagebau Hambach und harrten vier Tage lang aus.



Im Januar 2018 erklimmen Greenpeace-Kletter:innen den Turm des „Immerather Doms“, der dem Braunkohletagebau Garzweiler II zum Opfer fallen soll. Sie können die Abrissarbeiten verzögern, schließlich fällt die Kirche dennoch dem Tagebau Garzweiler zum Opfer.